



Erscheint Mittwoch und Samstag

# Obwaldner Volksfreund.

Abonnementspreis:  
Für die Schweiz: jährlich Fr. 5.50,  
halbjährlich Fr. 2.80; Post-Abonnement  
20 Cts. Zuschlag.

Inserionspreis:

Für Obwalden die einspaltige Petitzeile  
10 Cts., für auswärtige 15 Cts. Wiederholungen Rabatt.

Inserate nehmen für uns alle Annoncen-Expeditionen entgegen.

Gratis-Beilage:

„Landwirtschaftliche Mitteilungen“.

Druck und Expedition:  
Louis Ehli, Sarnen. — Telephon Nr. 32.

Sechshundvierzigster Jahrgang

Nr. 2

Sarnen, Mittwoch 5. Januar 1916

## \* Eine Nachlese

aus den vom Ständerate während der letzten Session der Bundesversammlung gepflogenen Verhandlungen mag um so mehr am Platze sein, weil wir noch gar nicht dazu gekommen sind, über die dritte Woche der Session einen Bundesstadtbrief zu schreiben. Es waren Fragen und Gegenstände volkswirtschaftlicher und finanzieller Natur, welche in den letzten Tagen der Session den Ständerat beschäftigten. Nach Anhörung eines kurzen Referates von Oberst Mercier wurde einstimmig und ohne weitere Diskussion beschlossen, es sei auch für das Jahr 1916 der Militärpflichtersatz auf den doppelten Betrag zu erhöhen. Die Begründung lag in den großen Anforderungen, welche die Dienstpflicht nach aller Voraussicht auch noch im Jahre 1916 an die diensttaugliche Mannschaft stellen wird, in der schwierigen Finanzlage des Bundes und in dem Umstande, daß die Verhältnisse sich überhaupt ungefähr gleich gestalten wie im verflossenen Jahre.

Das Resultat der Schlussabstimmung über das Postsparkassengesetz haben wir schon gemeldet. Dasselbe wurde mit 21 gegen 14 Stimmen, also genau mit drei Fünftel gegen zwei Fünftel der Stimmentenden, angenommen. Die verwerfende Minderheit setzte sich aus den katholisch-konservativen Abgeordneten zusammen. Dieselben zählen allerdings 16 Stimmen im Ständerate, aber Herr Python kam als Präsident nicht zur Stimmabgabe und Herr Dähler von Appenzell enthielt sich derselben. Es haben noch fünf weitere Mitglieder sich enthalten und zwei Herren waren bei der Abstimmung nicht im Saale zugegen; ob ihre Abwesenheit eine absichtliche oder eine zufällige war, das mag dahingestellt bleiben. Im Grunde genommen vermochte eigentlich niemand, sich für die Vorlage recht zu erwärmen. Ein Bedürfnis für die Gründung der Postsparkassen besteht nicht. Sie treten in Konkurrenz mit den schon bestehenden Instituten. Man fällt der privaten und der öffentlichen Tätigkeit, welche diese Institute geschaffen hat, in die Arme. Das Personal von Beamten und Angestellten wird vermehrt und dadurch wachsen selbstverständlich auch in einer entsprechenden Weise die Besoldungen, die der Bund zu bezahlen hat. Dieselben sind sich jetzt schon auf die enorme Summe von 84 Millionen Franken. Von allen Seiten hört man den Ruf nach Ersparnissen und doch soll nun dieser gewaltige Posten der Ausgaben des Bundes noch einmal gesteigert werden. Dafür wäre wohl kein anderer Zeitpunkt weniger geeignet, als der gegenwärtige. Die verfassungsrechtlichen Bedenken, denen die Vorlage ruft, sind durchaus nicht in einer überzeugenden Weise widerlegt worden. Erstklassige Juristen haben uns erklärt, daß diese Bedenken durchaus begründet seien. Nun geht die Vorlage an den Nationalrat, der sie aber frühestens in der Junisession in Beratung ziehen wird. Wie wir hören, soll auch im Schöße der nationalräthlichen Kommission keine Begeisterung für die Vorlage vorhanden sein. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß sie im Nationalrate durchgehen wird. Dagegen wird uns von verschiedenen Seiten versichert, daß sie bei einer eventuellen Volksabstimmung einen harten Stand haben würde. Doch bis dahin fließt noch viel Wasser durch die Aare hinab.

Der Voranschlag des Bundes für 1916 bildet den Hauptgegenstand der ständeräthlichen Verhandlungen in der dritten Sessionswoche. Der Präsident der Finanzkommission, Herr Schultheiß Düring von Luzern, hatte fürwahr keine kleine und keine leichte Aufgabe zu bewältigen. Man war allseitig darin einig, daß er diese Aufgabe in einer ebenso gründlichen, als sachkundigen Weise gelöst habe. Er betonte in seinem einleitenden Referate, daß man es neuerdings mit einem „Kriegsbudget“ zu tun habe. Die Frage der Wiederherstellung unseres finanziellen Gleichgewichtes werde immer dringender. Es sei zu hoffen, daß diese wichtige und schwierige Aufgabe sich durch das Zusammenwirken aller Parteien in einer befriedigenden Weise werde lösen lassen. Das Budget selbst schließt bei 153 Millionen Einnahmen und 191 Millionen Ausgaben mit einem Defizit von rund 38 Millionen. Dasjenige des Jahres 1915 ergibt ein solches von 23 Millionen und die Rechnung von 1914 ergab eine Mehrausgabe von 22,5 Millionen. Es zeigen diese Ziffern zur Genüge, wie sehr unsere Finanzlage eine gespannte ist. Die Mobilisationskosten beliefen sich bis Ende November auf rund

273 Millionen. Die Kommission glaubt, an den Besoldungen, welche das Budget im ganzen mit 84 Millionen belasten und 45 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen, ließen sich wesentliche Ersparnisse erzielen. Bei der Postverwaltung sind z. B. die Besoldungsausgaben von 1905 bis 1915 von 25 Millionen auf 47 Millionen Franken angestiegen. Größere Ersparnisse wären auch im Subventionswesen möglich. Dasselbe belastet das Budget des Bundes mit 19½ Millionen. Inbezug auf die Militärausgaben wird zu prüfen sein, ob diese später doch nicht eventuell reduziert werden könnten und zwar mit Rücksicht auf die bleibenden Werte, die namentlich auf dem Gebiete der militärischen Anlagen geschaffen worden sind. Nach dem vom Bundesrate so gestellten Finanzprogramm soll das Tabakmonopol fast aufgestellt werden, daß es ungefähr 25 Millionen abwirft. Als Ergänzung des Tabakmonopols wird die Biersteuer genannt. Studien darüber sind im Gange. Die Wiederherstellung eines gesunden und soliden Finanzzustandes der Eidgenossenschaft setzt zwei Dinge voraus. Es darf die ganze Aufgabe nicht etwa in Konkurrenz oder gar im Widerspruch mit den Kantonen gelöst werden. Die Arbeit muß eine gemeinsame sein. Sodann muß die Lösung als etwas Ganzes und Systematisches und nicht als ein bloßes Augenblicks- oder Verlegenheitsprogramm erscheinen. Es muß für eine jede Ausgabe auch eine Einnahmequelle vorhanden sein. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben darf in Zukunft nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben. Das waren im wesentlichen die Ausführungen des Kommissionspräsidenten.

Herr Bundespräsident Motta stellt fest, daß sich die Staatschuld des Bundes auf rund 570 Millionen beläuft. Das Gesamtdefizit der Jahre 1914/16 wird mindestens 100 Millionen betragen. Darum wird die Staatschuld auch wesentlich höher sein, als die bisher genannte Summe von 500 Millionen. Aber wenn es auch bei dieser halben Milliarde bleiben würde, so erforderten Verzinsung und Amortisation dieser Schuld jährlich 30 Millionen. Dieser Betrag muß durch Erschließung einer neuen Einnahmequelle gedeckt werden. Auf die Zunahme der Zollerträge dürfen wir nicht bauen, denn auf den Krieg wird eine Periode wirtschaftlicher Depression folgen. Wir dürfen auch angesichts des bevorstehenden Abschlusses neuer Handelsverträge uns in unserer Zollpolitik nicht durch die Rücksicht auf die Bundesfinanzen die Hände binden lassen. Als erste Einnahmequelle wird auf den Tabak hingewiesen. Es handelt sich um Tabakmonopol oder Tabaksteuer. Letztere wird im günstigsten Falle nur 10 Millionen abwerfen. Dieser Betrag reicht aber bei weitem nicht aus, um den Anforderungen des Budgets zu genügen. In einem sehr warmen und mit Beifall aufgenommenen Appell fordert der Finanzminister die Räte und das Volk auf, dem Bundesrate mit Vertrauen die Unterstützung zu gewähren, deren er bedarf zur Lösung dieser Staatsaufgabe, welche sich zu einer eigentlichen Lebensfrage für unser Land gestaltet und welche in der Wiederherstellung unseres finanziellen Gleichgewichtes besteht.

Das Eintreten auf die Budgetberatung wird einstimmig beschlossen und ebenso einstimmig wird schließlich das Budget angenommen. Bei verschiedenen Abteilungen der Staatsverwaltung wurden Wünsche geäußert oder Anregungen gemacht und Kritiken angebracht. Allein zu förmlichen Anträgen verdrifteten sie sich nicht. Auf Einzelnes näher einzutreten, dazu fehlt uns der Raum.

Einige Differenzen betreffend den Vollziehungsbeschluß zum Verfassungsartikel über die Kriegsteuer waren rasch im Sinne der Zustimmung zu den Beschlüssen des Nationalrates beglichen. Seither ist nun auch allbereits die bundesrätliche Vollziehungsverordnung erlassen worden und dürfte nun der Bezug der eidgenössischen Kriegsteuer rasch an die Hand genommen werden. Geschäftsbericht und Rechnung der Alkoholverwaltung werden einstimmig genehmigt. Das Rechnungsergebnis gestattet eine Zuwendung an die Kantone im Betrage von Fr. 6,588,965. 25. Auf den Kopf der Bevölkerung werden den Kantonen ausbezahlt Fr. 1. 75. Der Mehrbetrag wird verwendet für Speisung des Reservfonds und als Entschädigung an die Absinthinteressenten oder auf neue Rechnung vorgetragen. Der Voranschlag der Alkoholverwaltung für 1916 gestattet einen Ertrag des Alkoholmonopols vor, der es gestatten

würde, Fr. 1. 50 auf den Kopf zu verteilen. Man darf jedoch als ziemlich sicher annehmen, daß das Erträgnis auf den Kopf der Bevölkerung nicht hinter dem diesjährigen zurückbleiben wird. Während Herr von Arx über den Voranschlag der Alkoholverwaltung referierte, verschwand auf einmal das elektrische Licht und der Referent mußte seinen Bericht beim matten Schimmer von zwei rasch herbeigeholten Kerzen vortragen. Auch auf dem Präsidentenpult flimmerte nur noch ein Weihnachtskerzlein, was Herrn Präsident Python zu der scherzhaften Bemerkung gegenüber seiner Umgebung veranlaßte, die Dunkelheit sei begreiflich, wenn ein solcher „Finsterting“ auf dem Präsidentenstuhle sitze. Diese noch nie vorgekommene Erscheinung, daß die Beleuchtung versagte, gab der betreffenden Abendigung des Gelehrten des Außerordentlichen und erregte kaum eine geringere Aufmerksamkeit, als sie von den Zuhörern auf der Tribüne — die Ratsmitglieder nehmen wir selbstverständlich aus — den Verhandlungen selbst entgegengebracht wurde.

## Die Kriegslage

Die Alten pflegten zu sagen: „Wenn der Teufel irgendwo Platz erobert hat, so tut er um die Heiligtage herum am wütesten!“ — So wüßt, wie um Weihnachten herum ist es

im Elsaß

überhaupt noch nie zugegangen. Die Engländer und Franzosen hatten aber auch ihren Soldaten extra eingeschärft, dieses Jahr dürfen sie nicht mit den deutschen Soldaten so freundlich tun, wie letztes Jahr, d. h. wie Christmessen, die sich wenigstens um Weihnachten erinnern, daß für sie alle der gemeinsame Erlöser geboren worden ist, daß sie eigentlich Brüder sind, die sich nicht gegenseitig mordeten und verdrümmeln sollten. Um ihnen solche Gedanken ganz und gar abzugewöhnen, kommandierten die Franzosen gerade über die Weihnachtszeit ein höllisches Trommelfeuer auf den Hartmannsweilerkopf, den sie mit allen Mitteln in ihre Gewalt bekommen wollten, weil sie von dieser Stellung aus eine weitreichende Nachbarschaft beherrschen könnten. Dazwischen spürte man von Zeit zu Zeit erdbebenartige Erschütterungen, die von schwersten Geschützen herrührten. Zieger schwärmten über die ganze Gegend und säten Bomben auf die unglücklichen Städte und Dörfer. Kurz, es war, als ob alle Mächte der Finsternis entseelt gewesen wären. Aber die Franzosen rüsteten rein nichts aus, während verloren noch einige 100 Gefangene und es geschah ihnen ganz recht, warum haben sie das hl. Weihnachtsfest so verunehrt. Im Mittelmeer ist ein englischer Dampfer versenkt worden, womit etwa 500 Personen ertranken. Nicht viel weihnachtsmäßiger ging es an der

Ostfront

zu. Fast in deren ganzen Ausdehnung kamen kleinere oder größere Zusammenstöße vor, die sich besonders in Ostgalizien zu einer bedeutenden Schlacht entwickelten. Die Schlacht dauert im letztern Abschnitt noch an; beide Parteien behaupten, im Vorteil zu sein. Natürlich müssen die Russen gute Nachrichten vorbereiten, damit das Volk nicht vollends Mut und Geduld verliert. Es scheint den russischen Regenten auch praktischer, ihre Zeitungen mit falschen Siegesnachrichten zu füllen, anstatt über die

unglaublichen Unterschleife

zu berichten, welche bei Ankäufen von Kriegsmaterial aus Amerika vorgekommen sind. Die Russen sind im Stehlen den Italienern noch weit über und hört man doch von dort schon Schlimmes genug berichten. Vom Großfürsten bis zum Nachtwächter hinunter scheint gar vieles faul zu sein. Das russische Volk besitzt viel Naturkraft; wenn einmal der Schnaps überwunden sein wird und andere Leute am Ruder sind, wird es sich von den sehr harten Schlägen sicher wieder erholen. Aber jetzt sind gewiß diejenigen die Geschiedteren, welche einen Separatfrieden schließen möchten; denn Rußland kann gegenwärtig höchstens einige deutsch-österreichische Armeen beschäftigen, da-